ORIGINALER ARTIKEL

BRITO, Clara Kelliany Rodrigues De ^[1], MATOS, André Pereira ^[2]

BRITO, Clara Kelliany Rodrigues De. MATOS, André Pereira. Internationale Verantwortung des Staates und Verletzung der Menschenrechte in Bezug auf die Beschäftigung aufgrund der Covid-Pandemie -19. Revista Científica Multidisciplinar Núcleo do Conhecimento. Jahrgang 05, Ed. 10, Vol. 12, S. 84-101. Oktober 2020. ISSN: 2448-0959, Zugriffsverbindung: <https://www.nucleodoconhecimento.com.br/gesetz/verletzung-der-menschenrechte>, DOI: 10.32749/nucleodoconhecimento.com.br/gesetz/verletzung-der-menschenrechte

Contents

- ZUSAMMENFASSUNG
- EINFÜHRUNG
- 1. DER INTERNATIONALEN VERANTWORTUNG DES STAATES
- 2. INTERNATIONALE VERANTWORTUNG DES STAATES IM HINBLICK AUF DIE COVID-PANDEMIE - 19
- 3. INTERNATIONALE RESPONSIBILITÄT DES STAATES FÜR VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE IN DER FACE DER PANDEMIC VON COVID-19
- 4. ARBEITSRECHTE IN DER INTERNATIONALEN SEARA: VERANTWORTUNG DES STAATES BEI SCHWERER VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN FUNKTION DER PANDEMIE
- 5. FAZIT
- 6. REFERENZEN
- ANHANG - FUßNOTENREFERENZEN

ZUSAMMENFASSUNG

Angeichts der großen Rezession der Weltwirtschaft verletzen mehrere Staaten durch ihre Herrscher, die darauf abzielen, die Wirtschaftsindizes durch einen angesagten Wettlauf um Ergebnisse zu erhöhen, verschiedene Menschenrechte, einschließlich sozialer Rechte, die internationalen Schutz genießen. Diese ungezügelte Suche nach wirtschaftlicher Stabilität durch schnelles Wachstum kollidiert mit dem Arbeitsrecht, das auf systemische Weise mehrere Verstöße erlitten hat, die nicht nur im nationalen Recht, sondern auch im

Völkerrecht geweiht wurden. Die vorliegende Arbeit zielt darauf ab, durch eine sorgfältige Analyse solche Verletzungen von Rechten aufzuzeigen, die aufgrund der Coronavirus-Pandemie und der möglichen internationalen Rechenschaftspflicht des Staates für ein solches Verhalten auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsschutzmaßnahmen bereits international verankert sind.

Schlagworte: Internationales Recht, Internationaler Schutz, Menschenrechte, Internationale Verantwortung, Arbeitsrecht.

EINFÜHRUNG

Das Ende des Jahres 2019 wird in der Weltgeschichte durch die Entstehung und schnelle Verbreitung einer neuen Virusart der Coronavirus-Familie (Sars-Cov-2) aufgezeichnet werden, die aus einer Mutation in der bereits bekannten virusarten, die für die Pathologie namens Covid-19 verantwortlich ist, die vor allem ein akutes Atemwegssyndrom verursacht. Wenig ist über diese neue Pathologie bekannt, weshalb es mehrere Gesundheitsprotokolle gibt, die entsprechend der Leistung und Verbesserung bestimmter Gruppen befolgt werden müssen, die verschiedene Behandlungstechniken erhalten. Die Gesundheitswelt sucht nach einem Impfstoff und wirksamen Protokollen zur Behandlung und Bekämpfung der Pathologie auf dem Bildschirm.

Die Weltgesundheitsorganisation – WHO hat einen gesundheitsrechtlichen Notstand von internationaler Bedeutung ausgerufen, in dem sie die Existenz von Gesundheitsrisiken der internationalen Ausbreitung des Virus anerkennt und daher koordinierte globale Maßnahmen zur Bewältigung der Krankheit erfordert. Obwohl die Welt andere Pandemien erlebt hat (wie die Spanische Grippe von 1918, die Schweinegrippe von 2009), gibt es mehrere Faktoren, die dazu beitragen, dass dies eine einzigartige Erfahrung der internationalen Gesellschaft ist, insbesondere angesichts des großen Niveaus der aktuellen Globalisierung (in dem die Weltwirtschaft miteinander verbunden ist), der Notwendigkeit der Trennung und der sozialen Isolation, um die Ansteckung zu verringern. , verursachte schließlich einen wirtschaftlichen Abschwung in mehreren Ländern, die Knappheit einiger Materialien und das gemeinsame weltweite Interesse an bestimmten Utensilien (wie persönliche Schutzausrüstung, Coronavirus-Tests und Beatmungsgeräte für die Intensivpflege von kritisch adipösen

Patienten).

Es ist allgemein bekannt, dass diese Spannungspunkte ernsthafte Überlegungen zu den Auswirkungen des Verhaltens bestimmter Staaten im Zusammenhang mit der internationalen Verantwortung für die Verletzung internationaler Übereinkünfte, Übereinkommen und Verträge angesichts der Pandemie haben. Es ist auch notwendig, die internen Maßnahmen der Staaten, die mit dem internationalen Schutz der Menschenrechte vereinbar sind, sorgfältig zu analysieren, wie beispielsweise die Wirksamkeit der Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen angesichts der Pandemie. Es sollte auch die Vereinbarkeit der Menschenrechte mit möglichen Maßnahmen zur Einschränkung der individuellen Rechte zur Eindämmung des Virus sowie der öffentlichen und wirtschaftlichen Politik, die entwickelt wurde, um grundlegende wirtschaftliche und soziale Rechte für die schutzbedürftige Bevölkerung zu gewährleisten, in Betracht ziehen.

Dieses Papier soll einen Überblick über die aktuelle globale Situation und das Verhalten einiger Staaten angesichts der Situation skizzieren, einige Verstöße schildern und fragen, ob der Staat vor internationalen Gerichten rechenschaftspflichtig ist, insbesondere in fragenden Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitsrecht.

1. DER INTERNATIONALEN VERANTWORTUNG DES STAATES

Die Rechenschaftspflicht des Staates erfolgt für Handlungen, die gegen die Rechtsordnung verstoßen und der Existenz der Rechtsstaatlichkeit schaden, soweit die Beschränkung der Ausübung staatlicher Macht durch die Errichtung eines Staates, der nach demokratisch festgelegten Normen regiert wird, erfolgt. Die staatliche Verantwortung beschränkt sich nicht auf die nationalen Grenzen, sondern gilt auch für den Bereich des Völkerrechts, insbesondere angesichts der wachsenden Beziehungen zwischen verschiedenen Völkern und ihren Ländern, die zu neuen Verpflichtungen zwischen den Staaten führen, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte.

Obwohl dies ein äußerst relevantes Thema für die internationale Gesellschaft ist, gibt es keine Kodifizierung des Themas in bestimmten internationalen Verträgen, und es liegt in der Verantwortung der internationalen Doktrin und Rechtsprechung, Verständnis zu diesem

Thema anzuwenden. In diesem Zusammenhang hat die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen einen Text gebilligt, der einen Entwurf des Internationalen Übereinkommens über die staatliche Verantwortung für unerlaubte Wesen enthält, der an die Generalversammlung von ONU (Vereinte Nationen in Brasilien) verwiesen wurde, um die Machbarkeit der Annahme des internationalen Dokuments zu prüfen, obwohl dies bis heute der Fall ist ist noch nicht eingetreten.

Um das Panorama der internationalen Verantwortung des Staates besser zu verstehen, müssen wir dieses Institut daher als mittel verstehen, einen Staat für die Praxis einer Akthandlung zur Rechenschaft zu ziehen, die dem Völkerrecht achtet, wie die Rechte oder die Würde eines anderen Staates oder sogar gegen Personen, die der Gerichtsbarkeit unterliegen, und die Notwendigkeit des Schadens und der zu Unrecht verursachten Verschlimmerungen vorsehen (MAZZUOLI, 2016). Darüber hinaus ist es wichtig zu betonen, dass internationale Verantwortung ein intuitives Konzept ist, denn “[...] in dem Maße, wie Handlungen unter Verletzung der Rechte anderer praktiziert werden, ist es Sache desjens, der den Schaden verursacht hat, der die Pflicht hat, ihn zu reparieren” (GUERRA, 2017, S. 181). So können wir bestätigen, dass ein Staat, wenn er gegen individuelles oder kollektives Recht verstößt, sich für sein missbräuchliches Verhalten durch internationale Rechenschaftspflicht verantworten muss.

Es gibt zwei Haupttheorien über die Rechtsnatur der internationalen Verantwortung des Staates. Sie sind subjektive Personen, die argumentieren, dass internationale Verantwortung nur durch die Überprüfung von Schuld oder Tat in dem dem Staat zugeschriebenen Verhalten erfolgen wird. In der anderen Perspektive gibt es die objektive Theorie, die besagt, dass die staatliche Verantwortung aus der bloßen Praxis des internationalen illegalen Gesetzes resultiert, und es ist unnötig, die Gründe für die falsche Handlung zu überprüfen. Es wurde insbesondere in Fällen verwendet, die mit dem internationalen Schutz der Menschenrechte und der Umwelt zusammenhängen.

Es ist bemerkenswert, dass zu den wichtigsten Formen der internationalen Rechenschaftspflicht des Staates die folgenden Formen gehören: a) die direkte Verantwortung, d. d. a. die, die direkt vom Staat selbst direkt von der Regierung oder Regierungsbehörde oder von denjenigen, die dies in seinem Namen tun, ausgeübt wird; b) die indirekte oder subsidiäre Haftung einer privaten Partei aufgrund des Verschuldens der

fehlenden staatlichen Aufsicht; c) durch Handlung oder Entgegenkommen aus einer Kommissionshandlung des Staates oder seiner Bevollmächtigten; d) standardmäßig das, was sich aus der Unterlassung des Staates in der Ausübung einer völkerrechtlichen Handlung ergibt, für die er eine gesetzliche Praxispflicht hatte (MAZZUOLE, 2016); e) die herkömmliche Haftung ist die, die zu einer Nichteinhaltung oder Verletzung eines internationalen Vertrags führt, dem der angeblich übertretende Staat angehört; f) Die strafrechtliche Verantwortlichkeit entsteht, wenn die rechtswidrige Handlung vom Staat wegen eines Verstoßes gegen eine aus dem internationalen Gewohnheitsrecht ergebende Regel begangen wird.

Angesichts des Vorstehenden können wir bestätigen, dass der Staat immer verantwortlich ist, wenn eine rechtswidrige Handlung im Einklang mit den Richtlinien des Völkerrechts stattfindet, also die Pflicht, den entstandenen Schaden wiedergutzumachen.

2. INTERNATIONALE VERANTWORTUNG DES STAATES IM HINBLICK AUF DIE COVID-PANDEMIE – 19

Das Ende des Jahres 2019 wird in der Weltgeschichte durch die Entstehung und schnelle Verbreitung einer neuen Virusart der Coronavirus-Familie (Sars-Cov-2) aufgezeichnet werden, die aus einer Mutation in der bereits bekannten virusarten, die für die Pathologie namens Covid-19 verantwortlich ist, die vor allem ein akutes Atemwegssyndrom verursacht. Wenig ist über diese neue Pathologie bekannt, weshalb es mehrere Gesundheitsprotokolle gibt, die entsprechend der Leistung und Verbesserung bestimmter Gruppen befolgt werden müssen, die verschiedene Behandlungstechniken erhalten. Die Gesundheitswelt sucht nach einem Impfstoff und wirksamen Protokollen zur Behandlung und Bekämpfung der Pathologie auf dem Bildschirm.

Da die forschung in China stattgefunden hat, mit der Stadt Wuhan als Epizentrum auf dem Fischmarkt der Stadt (was Experten zufolge darauf hindeutet, dass die virusische Mutation von der Übertragung zwischen exotischen und menschlichen Tieren herrührt), breitet sich die Stadt schnell unter den Menschen der Stadt aus, was in mehreren restriktiven Maßnahmen der chinesischen Regierung gipfelte.

Es gibt jedoch Behauptungen, dass die Verzögerung bei der Meldung der Existenz der neuen

Internationale Verantwortung des Staates und Verletzung der Menschenrechte in Bezug auf die Beschäftigung aufgrund der Covid-Pandemie -19

Virusarten und Beschränkungen des Zugangs zu Informationen und der Übermittlung wissenschaftlicher Daten es anderen Ländern nicht ermöglicht haben, das genaue Ausmaß der Auswirkungen des fortschreitenden Virus zu haben. In den westlichen Ländern waren der Fortschritt und die Letalität der Covid-19 in europäischen Ländern mit großer Offenheit für den Tourismus spürbar zu spüren, insbesondere in Italien, Spanien, Frankreich und England. Angesichts der grassierenden Verbreitung des Virus hat die Weltgesundheitsorganisation – WHO einen gesundheitsrechtlichen Notstand von internationaler Bedeutung ausgerufen, der die Existenz von Gesundheitsrisiken der internationalen Ausbreitung des Virus anerkennt und daher koordinierte globale Maßnahmen zur Bewältigung der Krankheit erfordert.

Die angenommenen Maßnahmen und Empfehlungen konnten die Ausbreitung des Virus nicht eindämmen, indem es sich interkontinental und weit verbreitet ausbreitete, was die WHO veranlasste, am 11. März 2020 die Kontamination des Covid-19-Ausbruchs der Epidemie in Pandemie zu erklären, wobei offiziell anerkannt wurde, dass sich das Virus in der ganzen Welt ausgebreitet hat. Bis April 2020 hatte das neue Coronavirus weltweit fast zwei Millionen Fälle, verteilt auf mehr als 185 Länder mit mehr als 1,2 Millionen Todesfällen [3].

Obwohl die Welt andere Pandemien erlebt hat (wie die Spanische Grippe von 1918, die Schweinegrippe von 2009), gibt es mehrere Faktoren, die dazu beitragen, dass dies eine einzigartige Erfahrung der internationalen Gesellschaft ist, insbesondere angesichts des großen Niveaus der aktuellen Globalisierung (in dem die Weltwirtschaft miteinander verbunden ist), der Notwendigkeit der Trennung und der sozialen Isolation, um die Ansteckung zu verringern. , verursachte schließlich einen wirtschaftlichen Abschwung in mehreren Ländern, die Knappheit einiger Materialien und das gemeinsame weltweite Interesse an bestimmten Utensilien (wie persönliche Schutzausrüstung, Coronavirus-Tests und Beatmungsgeräte für die Intensivpflege von kritisch adipösen Patienten).

Es ist allgemein bekannt, dass diese Spannungspunkte ernsthafte Überlegungen zu den Auswirkungen des Verhaltens bestimmter Staaten unter internationaler Verantwortung haben, wie Chinas Verzögerung bei der Meldung des Ausbruchs von Fällen des Atemwegssyndroms, die Aufbewahrung medizinischer Gegenstände, die von den Vereinigten Staaten von Amerika für andere Länder bestimmt sind – in einem Akt, der von den deutschen Behörden als moderne Piraterie bezeichnet und auch von anderen führenden Politikern der Welt kritisiert und angeprangert wird. Es ist auch sorgfältig zu prüfen, ob die von den Staaten

ergriffenen internen Maßnahmen mit dem internationalen Schutz der Menschenrechte vereinbar sind, wie die Wirksamkeit der Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen angesichts der Pandemie. Es sollte auch die Vereinbarkeit der Menschenrechte mit möglichen Maßnahmen zur Einschränkung der individuellen Rechte zur Eindämmung des Virus sowie der öffentlichen und wirtschaftlichen Politik, die entwickelt wurde, um grundlegende wirtschaftliche und soziale Rechte für die schutzbedürftige Bevölkerung zu gewährleisten, in Betracht ziehen.

Darüber hinaus ist es sicher, dass weitere Fragen über das Verhalten des Völkerrechts sowie die Menschenrechte angesichts der COVID-19-Pandemie aufgeworfen werden. Aber im Moment liegt es nur an uns, einige Punkte dieser Auswirkungen auf Aspekte der internationalen Verantwortung des Staates zu analysieren.

3. INTERNATIONALE RESPONSIBILITÄT DES STAATES FÜR VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE IN DER FACE DER PANDEMIC VON COVID-19

Der internationale Schutz der Menschenrechte ist, wie wir heute wissen, das Ergebnis eines äußerst jüngsten Phänomens in der Geschichte der Menschheit, das die letzten Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, insbesondere die der amerikanischen und französischen Revolutionen, als Hintergrund hat. Es folgten jedoch mehrere Ereignisse, um die autonome Existenz eines Rechtszweigs zu ermöglichen, der einen internationalen Schutz für Verhaltensweisen verleihen sollte, die wesentliche Rechte verletzen, die im internen Anwendungsbereich jedes Staates praktiziert werden.

Obwohl erst nach dem Zweiten Weltkrieg als eine Form der Abneigung gegen die kolossalen Rechtsverletzungen und mit dem Ziel, zukünftige Handlungen dieser Größenordnung zu vermeiden, darin bestand, dass das internationale Menschenrechtsrecht begann, Konturen zu gewinnen und sich als autonomer Rechtszweig zu präsentieren, indem es seine eigenen hermeneutischen Prinzipien und Instrumente aufbaute, zusätzlich zur Initiierung der Positivisierung seiner Normen in internationalen Verträgen und Konventionen, die das innere Handeln der Staaten binden.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Internationalisierungsbewegung des Schutzes der

Internationale Verantwortung des Staates und Verletzung der Menschenrechte in Bezug auf die Beschäftigung aufgrund der Covid- Pandemie -19

Menschenrechte langsam war, aber bei Ereignissen wie der Festlegung von Mindestregeln für bewaffnete Konflikte (humanitäres Recht), Bewegungen gegen die Sklaverei, der Schaffung des Völkerbundes, die von den Siegern des ersten Weltkrieges mitgebracht wurden, und der Regelung der von der Internationalen Arbeitsorganisation – OIT- gewünschten Mindestrechte der Arbeitnehmer beobachtet werden kann. , das darauf abzielt, die Universalisierung der Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit im Bereich der Arbeit zu fördern, die durch internationale Zusammenarbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Arbeitnehmers, die das Recht auf einen gerechten und würdevollen Standard bei den Arbeitsbedingungen garantiert, nickt. Daher besteht ihre Aufgabe darin, das Recht auf menschenwürdige Arbeit zu fördern und sicherzustellen, die Möglichkeit für Männer und Frauen, unter Bedingungen der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Sicherheit und der Menschenwürde produktive und qualitativ hochwertige Arbeit zu haben, die als Grundvoraussetzung für die Überwindung der Armut, die Verringerung sozialer Ungleichheiten, die Gewährleistung einer demokratischen Regierungsführung und einer nachhaltigen Entwicklung angesehen werden.

Daher ist das internationale Menschenrechtsrecht der Rechtszweig, der Schutz gewährt und die Förderung von Rechten fördert, die für ein würdevolles Leben unerlässlich und unerlässlich sind, wobei der Schwerpunkt auf Fällen liegt, in denen das innerstaatliche Recht sie nicht angemessen schützt oder nicht handelt, um einen Verstoß zu verhindern und zu beheben. Es ist wichtig, den Unterschied zwischen Menschenrechten und Grundrechten zu ziehen, der erste bezieht sich auf internationale Normen, soweit sie sich auf das Völkerrecht beziehen; Grundrechte im nationalen Recht des Staates anerkannt und positiv zu bewerten sind.

Menschenrechte haben als Merkmale Universalität, Unveräußerlichkeit, Unverwendbarkeit, Unprescribability, Unteilbarkeit, Wesentlichkeit, Komplementarität und Relativitätstheorie. Die internationale Verantwortung des Staates für Menschenrechtsverletzungen richtet sich darauf, zu prüfen und zu bestimmen, ob die Staaten alle erforderlichen internen Maßnahmen ergreifen werden, um mögliche Menschenrechtsverletzungen in ihrem Hoheitsgebiet oder über ihre Gerichtsbarkeit zu verhindern und zu ahnden. Hier wollen wir durch internationale Menschenrechtsorganisationen international für den Staat verantwortlich gemacht werden.

Angesichts der Pandemie des neuen Coronavirus müssen daher eine Reihe von Maßnahmen

Internationale Verantwortung des Staates und Verletzung der Menschenrechte in Bezug auf die Beschäftigung aufgrund der Covid- Pandemie -19

ergriffen werden, um die Menschenrechte der Bevölkerung zu schützen, ohne das Recht auf Leben und das Recht auf Gesundheit zu achten. Es ist auch unerlässlich, dass die wirtschaftlichen und sozialen Rechte für die Bevölkerung gefördert werden, die am stärksten von der Pandemie betroffen ist, und der Staat ist dafür verantwortlich, wirksame interne Maßnahmen zu ergreifen, um diese Phase zu überschreiten.

Darüber hinaus erfordert die Konfrontation von Covid-19 auch, dass Staaten einige individuelle Rechte einschränken, sollte dies aber nur in dem erforderlichen Umfang tun, ohne ungerechtfertigte Unterscheidungen zwischen der Bevölkerung zu fördern. Diese Beschränkungen müssen jedoch mit dem internationalen Schutz der Menschenrechte vereinbar sein, und wenn bestimmte Rechte, die in internationalen Dokumenten vorgesehen sind, ausgesetzt werden, sollte es eine sofortige Mitteilung an den Generalsekretär der OEA (Organisation amerikanischer Staaten) oder der ONU.

Bemerkenswert ist, dass die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) die Resolution Nr. 1/2020[4] über die Pandemie und die Menschenrechte in Amerika veröffentlicht hat. Dabei handelt es sich um internationale Dokumente, die das Vorgehen der Staaten des amerikanischen Kontinents im Kampf gegen das neue Coronavirus leiten sollen, das auf der Achtung und Förderung der Menschenrechte basieren soll. So legt das CIDH mehrere spezifische Empfehlungen für den Schutz der Menschenrechte fest, wobei der Wirksamkeit des Rechts auf Gesundheit und anderer sozialer und kultureller wirtschaftlicher Rechte besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird; Verhältnismäßigkeit und Vergänglichkeit restriktiver Maßnahmen und die besondere Aufmerksamkeit, die schutzbedürftigen Gruppen – wie älteren Menschen, Kindern und Jugendlichen, LGBT-Bevölkerung, Afrikanern und Menschen mit Behinderungen – geschenkt werden sollte.

Wenn Staaten daher nicht die erforderlichen internen Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte in der Pandemiesituation ergreifen, können verletzte Personen oder Rechtsvertreter nach Erschöpfung der inländischen Ressourcen die internationale Rechenschaftspflicht des Staates gegenüber internationalen Menschenrechtsschutzorganen und -gerichten geltend machen.

4. ARBEITSRECHTE IN DER INTERNATIONALEN SEARA: VERANTWORTUNG DES STAATES BEI SCHWERER VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN FUNKTION DER PANDEMIE

Soziale Rechte sind Grundpfeiler der Geschichtsschreibung und der Wahrnehmung der Verwirklichung der Menschenrechte. Diese Rechte bestimmen das positive und schützende Verhalten des Staates, der sicherstellen muss, dass diese Garantien nicht in Anspruch nehmen. Zweitens, Ingo Sarlet: "Freiheit und vor dem Staat wird nicht mehr gepflegt, sondern der Freiheit durch den Staat" (SARLET, 2012, S. 33). Ausgehend von dieser Prämisse können wir bestätigen, dass die Menschenrechte, grundrechte und sozialen Rechte, insbesondere der Bereich des Arbeitsrechts, auf ein internationales Schutzniveau gehoben wurden. Es ist wichtig zu beachten, dass dieser Schutz in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 (DUDH, 2010) positiv war.

Solche Garantien haben aufgrund der unaufhaltsamen Leistung der Internationalen Arbeitsorganisation - OIT- sowie der Philadelphia-Erklärung, die versuchte, Aspekte zu skizzieren und zu schützen, die den Arbeitsbedingungen in den Arbeitsverhältnissen innewohnen, immer wichtigere Konturen erhalten. Ein wichtiger Aspekt, der in der Philadelphia-Erklärung angesprochen wird, ist die Dekommodifizierung der Arbeit, der Streit um die Gewährleistung der Vereinigungsfreiheit und der Tarifverhandlungen der Arbeitnehmer, die Beseitigung aller Formen von Zwangsarbeit, Ungleichheit und Diskriminierung in der Beschäftigung und das Verbot der Kinderarbeit.

Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der 1948 von der ONU verkündet wurde, verteidigt die Garantien des internationalen Status in seinem Gremium, in dem jeder Mensch das Recht hat, zu arbeiten, da er frei ist, Arbeitsplätze zu fairen und günstigen Bedingungen zu wählen, so dass es Schutz vor Arbeitslosigkeit gibt; II) eine angemessene Entgeltung für die gleiche Arbeit, die (III) gerecht und zufriedenstellend ist und auch für seine Familie eine mit der Menschenwürde vereinbare Existenz gewährleisten kann; (VI) und Gewerkschaften zu organisieren und sich ihnen anzuschließen, um ihre Interessen zu schützen.

Es ist klar, dass der betreffende Text säulenweise verankert und das Arbeitsrecht aufgrund seines sozialen Charakters als Hintergrund herbeiführt. Die Positivität dieser Garantien in den

Briefen der Grundrechte der weltweiten gemeinschaftlichen Anerkennung stärkt jedoch den Diskurs, dass Arbeit eine inhärente Bedingung der menschlichen Person ist, in der sie das Mindestmaß an Zivilisierung garantieren soll, und daher ist die Vereinigung des Arbeitsrechts als Zweig oder lebenswichtiger Arm für die Menschenrechte unbestreitbar.

Unter diesem Gesichtspunkt vertritt Artikel 7 des Zusatzprotokolls von San Salvador, die Interamerikanische Menschenrechtskonvention, die Pflicht der Unterzeichnerstaaten, ein faires, gerechtes und zufriedenstellendes Arbeitsniveau zu gewährleisten, das verpflichtet ist, den Genuss des Arbeitsrechts zu gewährleisten und die Bedingungen für die Angemessenheit der Regeln des innerstaatlichen Rechts zu bewerten. Daher sollte eine gerechte und gerechte Entlohnung für die Arbeitnehmer gewährleistet werden, die in der Lage sind, die Grundlegenden des Lebensunterhalts zu fördern, die ihrer Familieneinheit würdig sind. Es ist Angetanwerden des Staates, rechtliche, politische und justizielle Maßnahmen zu entwickeln, die mit den Empfehlungen internationaler Dokumente, die Unterzeichner sind, in Einklang stehen, um den Schutz des Arbeitsrechts zu bewerten. Daher können wirtschaftliche Maßnahmen keine Arbeitsplätze einschränken oder irgendeine Möglichkeit fördern, Arbeitsschutznetzwerke und -organisationen zu schwächen oder zu schrumpfen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der hervorgehoben werden sollte, kam in dem Text der Amerikanischen Internationalen Charta der sozialen Garantien oder der Erklärung der sozialen Rechte der Arbeitnehmer, die auf der Amerikanischen Konferenz von Rio de Janeiro von 1947 angenommen wurde, wo er die Dekommodifizierung der Arbeit empfahl, indem er erklärte, dass Arbeit eine soziale Funktion sei, die den besonderen Schutz des Staates genieße und nicht als Handelsartikel betrachtet werden sollte. Daher wird es in seinem gesamten Hoheitsgebiet angewendet, ohne Unterschied, und jede Form der Prekarisierung des Arbeitsverhältnisses wird besiegelt. Um solche Vorrechte zu schützen, gibt es mehrere normative Mechanismen, die die Anwendung und Wirksamkeit solcher Rechte fördern, aus der protektionistischen Perspektive internationaler Organisationen durch ihre eigenen Verfahren, um den Staat zu bestrafen, der eine der international durch Verträge oder Konventionen auferlegten Garantien verletzt.

Der den Arbeitnehmern garantierte Schutz und die Denhand garantierten Immunitäten verlangen von den Staaten, die normativen Instrumente der internationalen Politik in ihrer inneren Ordnung umzusetzen, die sich der Verwirklichung sozialer Rechte verpflichtet fühlen,

begleitet von Maßnahmen der öffentlichen Ordnung, die die allgemeinen Regeln und Grundsätze des Arbeitsschutzes loben.

Obwohl es mehrere internationale Protokolle und Garantien in Bezug auf die Menschenrechte im Bereich der Arbeit gibt, gab es mehrere Verstöße gegen solche Garantien im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie, die mehrere Arbeitskategorien betroffen hat, im Einklang mit den Empfehlungen der Resolution Nr. 01/2020 der OEA und des CIDH, in der mehrere Empfehlungen skizziert wurden, damit es keine Verstöße gegen in der internationalen Ordnung verankerte Garantien geben würde. Wer brachte folgende Empfehlung mit: "...Es ist wichtig, Maßnahmen zu ergreifen, um das wirtschaftliche Einkommen und die Existenzgrundlage aller Arbeitnehmer zu sichern, damit sie gleiche Wettbewerbsbedingungen haben, um die Eindämmungs- und Schutzmaßnahmen während der Pandemie einzuhalten."
[5]

Diese Empfehlung wurde von mehreren Staaten aufgrund des geringen Wirtschaftswachstums und der Krise, die sich aufgrund der Pandemie verschärft hat, ignoriert, was dazu führte, dass mehrere Länder solche Rechte verletzen, die in internationalen Dokumenten garantiert sind. Die Konfrontation mit der Pandemie ist auf ungeordnete Weise und mit irreversiblen Schäden für die Bevölkerung geschehen, Länder wie Brasilien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Chile, Argentinien, unter anderem, haben die Rechte der Arbeitnehmer mit erheblichen Lohnkürzungen ohne die Hilfe der Gewerkschaften prekär gemacht und den Lebensunterhalt der Arbeiter und ihrer Familieneinheit gefährdet. Es gibt auch beunruhigendere Situationen, wie den ungezügelter Anstieg der Arbeitslosigkeit während der Pandemie ohne jegliche Aufsicht, wodurch der Arbeitnehmer in eine Situation völliger sozialer Verletzlichkeit und Aufgabe geraten.

Es ist erwähnenswert, dass diese Maßnahmen der Prekarisierung durch vorläufige Maßnahmen mit Rechtskraft oder auch durch ein spezielles Gesetz, das am Tag ihrer Verkündung in Kraft getreten ist, geschehen sind, was eine Minimaleplanung der betroffenen Bevölkerungsgruppen ermöglicht und im Gegensatz zu Punkt 15 der Entschließung auf dem Bildschirm "...Wirtschaftliche, politische oder irgendwelche Art von Maßnahmen, die ergriffen werden, sollten die Ungleichheiten, die in der Gesellschaft bestehen, nicht verstärken." [6] Solche Verstöße wurden vom Staat selbst im Gegensatz zu seiner Pflicht, die Unverletzlichkeit dieser internationalen Vorrechte zu gewährleisten, manövriert und

umgesetzt.

In demselben Dokument wurde auch in seinem Gremium gefordert, dass der Staat die Unverletzlichkeit dieser Rechte gewährleisten und den Zugang zu Politiken fördern sollte, die gemäß Punkt 16 "Die Gewährleistung der Existenz von Mechanismen für die Rechenschaftspflicht und den Zugang zur Justiz angesichts möglicher Menschenrechtsverletzungen, einschließlich des DESCAs (Development of a Simplified Consortium Agreement), im Zusammenhang mit den Pandemien und ihren Folgen, einschließlich des Missbrauchs durch private Akteure", gewährleisten[7]. Diese Haltungen haben gezeigt, dass die internationalen Garantien seitens der Länder völlig missachtet werden, was der betroffenen Bevölkerung in einem äußerst kritischen Moment ungesunde Verluste verursachen wird, die sicherlich künftige Vertretungen vor internationalen Mechanismen und Gerichten nutzen werden.

5. FAZIT

Nach einer umfassenden Analyse des aktuellen Szenarios konnten einige wichtige Überlegungen zu Menschenrechtsverletzungen aufgrund der COVID-19-Pandemie, vor allem aus arbeitsrechtlicher Sicht, festgestellt werden. Im Bereich der sozialen Rechte nimmt das Arbeitsrecht eine herausragende Stellung ein, vor allem aus der Perspektive des Völkerrechts, weil es eine internationale Organisation hat, die nur zum Schutz der damit verbundenen Normen bestimmt ist. Das in dieser Studie angesprochene Problem beruhte auf der Analyse des Verhaltens mehrerer Staaten, die gegen das Empfehlungsprotokoll zur Bekämpfung der aktuellen Pandemie verstoßen, zusätzlich zu den systematischen Verstößen gegen internationale Normen, die im Weltrecht verankert sind.

Obwohl es mehrere internationale Protokolle und Garantien in Bezug auf die Menschenrechte im Bereich der Arbeit gibt, gab es mehrere Verstöße gegen solche Garantien im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie, die mehrere Arbeitskategorien betroffen hat, im Einklang mit den Empfehlungen der Resolution Nr. 01/2020 der OEA und des CIDH, in der mehrere Empfehlungen skizziert wurden, damit es keine Verstöße gegen in der internationalen Ordnung verankerte Garantien geben würde. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat festgestellt, dass die Maßnahmen der Länder zur Eindämmung der

Kontamination des Virus mehreren Empfehlungen folgen und die etablierten Rechte angesichts ihrer Aspekte der Unvergänglichkeit und Unverletzlichkeit dieser Rechte nicht missachten.

Die OEA und das CIDH haben festgelegt, dass staatliche Maßnahmen das wirtschaftliche Einkommen und die Existenzgrundlage aller Arbeitnehmer gewährleisten, so dass gleiche Bedingungen für die Einhaltung der Eindämmungs- und Schutzmaßnahmen während der Pandemie geschützt werden. In dieser Hinsicht ist es unbestreitbar, dass die Situation der Pandemie die Arbeitsbedingungen verschärfte, die Arbeitslosenquote erhöhte, die globale Wirtschaftskrise verschärfte, zu unermesslichen Auswirkungen von Schäden für die betroffene Bevölkerung führte und sie in einem völligen Zustand der Verwundbarkeit beließ. Denn die Verstöße sind genau von den Leitern der Exekutivmächte abgegangen, die die Bedingungen und Beschäftigungsverhältnisse, die völlig gegen die globale Empfehlung verstoßen, prekär machen.

Es war offensichtlich, dass die Länder nicht vorbereitet waren und keinen internen Plan hatten, um einer solchen Situation zu begegnen, es ist erwähnenswert, dass es nicht die erste Pandemie ist, die die Welt geplagt hat, obwohl der Mangel an Fähigkeiten der Länder zeigt, dass es notwendig ist, diese Fragen zu diskutieren und solche Misserfolge anzugehen, um die Möglichkeit zukünftiger Pandemien zu vermeiden.

Die Konfrontation mit der Pandemie ist auf ungeordnete Weise und mit irreversiblen Schäden für die Bevölkerung geschehen, Länder wie Brasilien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Chile, Argentinien, unter anderem, haben die Rechte der Arbeitnehmer mit erheblichen Lohnkürzungen ohne die Hilfe der Gewerkschaften prekär gemacht und den Lebensunterhalt der Arbeiter und ihrer Familieneinheit gefährdet. In den Empfehlungen zur Bewältigung der Pandemie wurde die Bedeutung wirtschaftlicher, politischer oder aller ergriffenen Maßnahmen hervorgehoben, die die in der Gesellschaft bestehenden Ungleichheiten sowie die Bedingungen für den Zugang zu Nahrungsmitteln und anderen wesentlichen Rechten nicht verstärken sollten.

Ein weiterer relevanter Aspekt war, dass die Menschen, die ihre berufliche Tätigkeit fortsetzen müssen, vor den Risiken einer Virusansteckung geschützt werden sollten, und im Allgemeinen sollte der Arbeit, den Löhnen, der Gewerkschaftsfreiheit und den

Tarifverhandlungen, den Renten und anderen sozialen Rechten, die mit der Arbeit und der Gewerkschaft verbunden sind, angemessen geschützt werden. Diese Empfehlungen wurden systemisch verletzt, was die gegenwärtige globale Situation weiter verschärft.

Bald können wir schlussfolgern, dass solche staatlichen Haltungen völlige Missachtung internationaler Garantien gezeigt haben, die der betroffenen Bevölkerung in einem äußerst kritischen Moment ungesunde Schäden zufügen werden, die sicherlich künftige Vertretungen vor internationalen Mechanismen und Tribunalen nutzen werden. Solange Länder die Wirtschaft oder Marktfragen auf der Suche nach Macht und Finanzstabilität als Priorität in ihren Regierungen platzieren, wird es unvermeidlich sein, die Menschenrechte und Garantien zu verletzen, wodurch der Prozess der sozialen und demokratischen Entwicklung zunehmend anfälliger wird.

6. REFERENZEN

DELGADO, M. G. Curso de direito do trabalho. São Paulo: LTr, 2016.

DUDH. Declaração universal dos direitos humanos de 1948. Organização das Nações Unidas, 2009. Disponível em: <https://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=por> <acesso em 10/05/2020.

GONÇALVES, L. A. Direitos sociais. Cidadania, política e justiça. Rio de Janeiro: Sinergia, 2017.

MAZZUOLI, V. Curso de direito internacional público. 9ª. ed. rev. atual. e ampl. São Paulo: Editora Revista dos Tribunais, 2015.

NUNES JUNIOR, F. Curso de direito constitucional. 3. ed. São Paulo: Saraiva Educação, 2019. p. 450. ISBN: 978-8553609093.

PIOVESAN, F. Direitos sociais, econômicos e culturais e direitos civis e políticos. Revista Internacional de Direitos Humanos. São Paulo: Human Rights University Network – SUR, ano 1, nº 1, p. 21-47, 2004.

RAMOS, A. Responsabilidade Internacional por Violação de Direitos Humanos: seus

elementos, a reparação devida e sanções possíveis – teoria e prática do direito internacional. Prefácio Antônio Augusto Cançado Trindade. Rio de Janeiro: Renovar, 2004.

RESOLUÇÃO Nº 01/2020: Da Comissão Interamericana de Direitos Humanos. < <https://www.oas.org/pt/cidh/decisiones/pdf/Resolucao-1-20-pt.pdf> > acesso em 23/06/2020.

REZEK, José Francisco. Direito Internacional Público: Curso Elementar. 15. ed. São Paulo: Saraiva, 2014.

WALKER, Patrick, et al. The Global Impact of COVID-19 and Strategies for Mitigation and Suppression. Abdul Latif Jameel Institute for Disease and Emergency Analytics, Imperial College London (2020).

WERNER, Sascha. Das Vorsorgeprinzip: Grundlagen, Maßstäbe und Begrenzungen. In: Umwelt- und Planungsrecht. Heidelberg: Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, 2001. Band 21. n. 9.

ZAGREBELSKY, Gustavo; TRAD GASCÓN, Marina. El derecho dúctil. Ley, derechos, justicia. 6. ed. Madrid: Trotta, 2005.

ANHANG – FUßNOTENREFERENZEN

3. Johns Hopkins – coronavirus resource center: <https://coronavirus.jhu.edu/> acesso em: 18 de maio de 2020.

4. Resolution 01/2020 OEA und CIDH: 4. Sicherstellen, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen vorrangig den Inhalt des Menschenrechts auf Gesundheit und seine grundlegenden und sozialen Determinanten, die sich auf den Inhalt anderer Menschenrechte beziehen, berücksichtigen; wie Leben und persönliche Integrität und andere DESCAs, wie der Zugang zu Trinkwasser, Zugang zu nahrhaften Lebensmitteln, Zugang zu Nahrungsmitteln, angemessenem Wohnraum, gemeinschaftlicher Zusammenarbeit, Unterstützung der psychischen Gesundheit und Integration öffentlicher Gesundheitsdienste sowie Reaktionen auf die Prävention und Aufmerksamkeit von Gewalt, die Gewährleistung eines wirksamen sozialen Schutzes, einschließlich unter anderem der Gewährung von

Subventionen, Grundeinkommen oder anderen wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen,
<https://www.oas.org/pt/cidh/decisiones/pdf/Resolucao-1-20-pt.pdf>

5. EntschlieÙung Nr. 01/2020 des CIDH und der OEA : 5. Schützen Sie die Menschenrechte, insbesondere DIE DISMEMBERE, der Arbeitnehmer, die durch die Pandemie und ihre Folgen am stärksten gefährdet sind. Es ist wichtig, Maßnahmen zu ergreifen, um das wirtschaftliche Einkommen und die Existenzgrundlage aller Arbeitnehmer zu gewährleisten, damit sie gleiche Wettbewerbsbedingungen haben, um die Eindämmungs- und Schutzmaßnahmen während der Pandemie sowie die Bedingungen für den Zugang zu Nahrungsmitteln und anderen wesentlichen Rechten einzuhalten. Menschen, die ihre berufliche Tätigkeit fortsetzen müssen, sollten vor den Risiken einer Virusansteckung geschützt werden, und im Allgemeinen sollte ein angemessener Schutz für Arbeit, Löhne, DESCAs Freiheit und Tarifverhandlungen, Renten und andere soziale Rechte gewährt werden, die mit dem Arbeits- und Gewerkschaftsbereich zusammenhängen. S.8 <<https://www.oas.org/pt/cidh/decisiones/pdf/resolucao-1-20-pt.pdf>> Zugang am 23.06.2020.</https:>

6. EntschlieÙung Nr. 01/2020 des CIDH und der OEA : 15. Integration von Minderungs- und Pflegemaßnahmen, die sich speziell auf den Schutz und die Garantie von DESCAs konzentrieren, angesichts der schwerwiegenden direkten und indirekten Auswirkungen, die Pandemiekontexte und infektionspolitische Krisen hervorrufen können. Wirtschaftliche, politische oder irgendwelche Art von Maßnahmen, die ergriffen werden, sollten die Ungleichheiten, die in der Gesellschaft bestehen, nicht verstärken. S. 9 <<https://www.oas.org/pt/cidh/decisiones/pdf/resolucao-1-20-pt.pdf>> Zugang am 23.06.2020.</https:>

7. EntschlieÙung Nr. 01/2020 des CIDH und der OAS: 16. Gewährleistung der Bestehenden von Mechanismen für die Rechenschaftspflicht und den Zugang zur Justiz angesichts möglicher Menschenrechtsverletzungen, einschließlich des DESCAs, im Zusammenhang mit den Pandemien und ihren Folgen, einschließlich Desmißbräuchen durch private Akteure und Korruptionshandlungen oder der Ergreifung des Staates zum Nachteil der Menschenrechte. Aussetzung oder Entlastung von Auslandsschulden und internationalen Wirtschaftssanktionen, die die Reaktionen der Staaten auf den Schutz der Menschenrechte angesichts pandemischer Zusammenhänge und ihrer Folgen bedrohen, schwächen oder

behindern können, um den rechtzeitigen Erwerb wesentlicher medizinischer Hilfsgüter und -ausrüstung zu erleichtern und vorrangige öffentliche Sofortausgaben in anderen DISTHANC zu ermöglichen, ohne alle Menschenrechte und Bemühungen anderer Staaten zu diesem Zeitpunkt zu gefährden, ohne alle Menschenrechte und Bemühungen anderer Staaten zu diesem Zeitpunkt zu gefährden, angesichts des transnationalen Charakters der Pandemie.

19. Fordern und überwachen Sie, dass Unternehmen die Menschenrechte achten, die Gebühren der Menschenrechte übernehmen und mögliche Missbräuche und negative Auswirkungen auf die Menschenrechte berücksichtigen, insbesondere die Auswirkungen, die Pandemiekontexte und infektionspolitische Krisen häufig auf die DESCA von Bevölkerungen und Gruppen in Situationen mit größter Anfälligkeit erzeugen, und im Allgemeinen durch die Auswirkungen, die Pandemiekontexte und infektionspolitische Krisen häufig auf die DESCA von Bevölkerungsgruppen und Gruppen in Situationen mit größter Anfälligkeit und im Allgemeinen durch die Auswirkungen von Pandemiekontexten und infektionskrankheiten führen, die häufig auf die DESCA von Bevölkerungsgruppen und Gruppen in Situationen mit größter Anfälligkeit und im Allgemeinen auf die Auswirkungen von Bevölkerungs- und Gruppeninfällen und im Allgemeinen auf die DESCA von Bevölkerungsgruppen und Gruppen in Situationen mit größter Anfälligkeit und im Allgemeinen, über Arbeitnehmer, Menschen mit empfindlichen Erkrankungen und lokale Gemeinschaften. Den Unternehmen kommt in diesen Kontexten eine wesentliche Rolle zu, und ihr Verhalten sollte sich an den geltenden Menschenrechtsgrundsätzen und -regeln orientieren. S. 10 <<https://www.oas.org/pt/cidh/decisiones/pdf/resolucao-1-20-pt.pdf>> Zugang am 23.06.2020.</https:>

^[1] Master in Rechtswissenschaften: Rechts-Politikwissenschaften der Universität Portucalense Infante D. Henrique (UPT) – Center for Constitutional Studies and Public Management – CECGEP; Fachanwalt für Öffentliches Recht mit Hochschulabschluss am UNISEB University Center (Union of Higher Courses SEB LTDA); Fachanwalt für Arbeitsrecht und Prozess von Anhanguera University-UNIDERP; Fachanwalt für Wirtschaftsrecht an der Anhanguera University-UNIDERP; Studium der Rechtswissenschaften an der Fakultät von Maranhão; Rechtsanwalt mit Kenntnissen im öffentlichen Recht, der seit Januar 2013 als Stadtkläger tätig ist. Koordinator und Professor für die Post Graduation of Municipal Law des Zentrums für Konstitutionelle Studien und öffentliches Management – CECGP/SVT Fakultät.

^[2] Berater. Promotion in Internationalen Beziehungen.

Internationale Verantwortung des Staates und Verletzung der
Menschenrechte in Bezug auf die Beschäftigung aufgrund der Covid-
Pandemie -19

Eingereicht: September 2020.

Genehmigt: Oktober 2020.